



Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

FORUM AKTIVER DEMOKRATEN E.V.

1924 in Magdeburg gegründet - gemeinnützige Körperschaft

Interview mit Bundesministerin Herta Däubler-Gmelin



Bundesministerin Herta Däubler-Gmelin, Hans Bonkas

Frage: In den vergangenen hundert Jahren hat sich die deutsche Justiz wahrlich nicht mit Ruhm bekleckert. In der Kaiserzeit stand der Untertan vor Gericht, in der Weimarer Republik war sie auf dem rechten Auge vollkommen blind. Siehe dazu der Hochverratsprozess gegen Hitler und die 176 Prozesse, die Reichspräsident Ebert, der Deutschland vor Chaos und Teilung bewahrt hat, wegen Verleumdung und übler Nachrede führen musste. Er gewann sie alle, doch die Angeklagten wurden von rechtslastigen Richtern zu lächerlich geringen Geldstrafen verurteilt. In der BRD wurde dann Naziverbrechen verharmlost. So machte der BGH durch ein Urteil vom 7.12.1956 die Verurteilung von Nazirichtern unmöglich, da sie nach damaligem Gesetz Recht gesprochen haben.

Können Sie meine Ansicht verstehen?

Ja, sehr gut. Ich selbst habe in den 60er Jahren zu den

Jura-Studierenden gehört, die sich sehr kritisch mit dieser Art von Justiz beschäftigt haben, sowohl mit der rückwärtsgewandten Justiz der Weimarer Zeit, wie auch insbesondere mit den Richtern der 50er und 60er Jahre.

Frage: Nach Kriegsende und bis zum 31.12.1986 wurden gegen 87.765 Personen, die wegen Verbrechen in der Nazizeit angeklagt waren, Verfahren durchgeführt. Davon wurden 79.638 Angeklagte freigesprochen und nur 7,9% wurden zu geringen Strafen verurteilt.

Ist die Vergangenheitsbewältigung gegenüber den "braunen" und "roten" Machthabern überhaupt möglich?

Nun, bei der Verfolgung von Verbrechen kann und muss die Justiz ihren Beitrag leisten - genau das hat sie ja in den 50er und 60er Jahren gegenüber den Nazijuristen in vielen Fällen versäumt. Ich habe es zum Beispiel immer als sehr belastend empfunden, dass weder die Mörder von Dietrich Bonhoeffer, noch etwa Täter der Penzberger Mordnacht (mit Ausnahme des Wehrwolfführers Zöberlein) verurteilt wurden, obwohl sie bekannt waren. Es ist auch ein Skandal, dass der Volksgerichtshof bis in die sechziger Jahre von bundesrepublikanischen Gerichten sogar noch als Gericht bewertet wurde. Mindestens ebenso wichtig ist allerdings, dass sich die gesamte Gesellschaft mit Ursachen, Schuld und Verantwortung auseinandersetzt - damit niemand vergisst.

Frage: Bei der Bewältigung der Verbrechen des kommunistischen Systems sind wenigstens Ansätze erkennbar, diese Verbrechen zu sühnen. Mich beschleicht aber das unguete Gefühl, dass die Naziverbrecher weitaus glimpflicher davon gekommen sind.

Geht es Ihnen auch so?

Ich finde, dass ein solcher Vergleich nicht viel besagt. Aber der Ärger über das Versagen gegenüber der Nazi-Verbrechen in vielen Fällen bleibt.

Frage: Viele meiner politischen Freunde und ich sind der Ansicht, dass man nach 1945 und nach 1990 alle Strafrichter der NS- und der SED-Zeit hätte entlassen müssen.

Können Sie unsere Ansicht verstehen?

Nun ja, nach 1945 haben die Besatzungsmächte die

Nazi-Richter abgesetzt. Nach einigen Jahren jedoch haben sie leider viele wieder geholt, weil "Ruhe und Ordnung" offensichtlich wichtiger waren, zumal das auch der Mentalität des Kalten Krieges entsprach und nach der Wiedervereinigung sind meines Wissens übrigens kaum Strafrichter übernommen worden.

Frage: Henning Foscherau und mit ihm die große Mehrheit der Bevölkerung bezeichnen die Justiz als zu gutwillig, zu lau und zu langsam.

Sehen Sie das auch so?

Sie werden verstehen, dass ich mit dieser Pauschalkritik wenig anfangen kann. Sie trifft, weil sie so wenig präzise ist häufig diejenigen, die sie nicht treffen will: die guten, verantwortungsbewussten und engagierten Richterinnen und Richter, die wir so sehr brauchen, aber auch haben.

Frage: In einem Artikel der FAZ vom 8.11.1997 heißt es als Überschrift "Verbrechen lohnt sich wieder".

Teilen Sie diese Ansicht?

Nein. Allerdings würde ich gerne eine FAZ-Überschrift lesen, die sich vehement für die Einhaltung von Gesetzen einsetzt - und insbesondere auch Leute kritisiert, die Gesetze so hinbiegen wollen, wie sie es für nützlich halten. Das ist ja ein trauriges Ergebnis von Kohls geistig-moralischer Wende.

Frage: Unsere Strafprozessordnung kennt 20 Gründe für eine Verfahrenseinstellung aber nur 2, die es erlauben, einen Tatverdächtigen in Haft zu nehmen. Müsste die StPO hier nicht geändert werden?

Diese Überlegung trifft schlicht nicht zu - weder von den Zahlen, noch vom Verhältnis beider Aspekte zueinander. Im übrigen glaube ich nicht, dass ich gerade Ihnen, die Sie sich so intensiv mit der braunen und roten Diktatur beschäftigen, über die elementare Bedeutung des Vorrangs der Freiheit und eines rechtsstaatlichen und fairen Verfahrens diskutieren muss. Unser Rechtsstaat kann und muss es sich leisten, rechtsstaatliche Mittel einzusetzen, und nur die.

Frage: Nach Gründung der Weimarer Republik wurde leidenschaftlich darüber gestritten, welcher Art von Strafvollzug eingeführt werden sollte. Zur Auswahl standen der Abschreckungsstrafvollzug, der Vergeltungsstrafvollzug und der humane Strafvollzug. Für welchen Strafvollzug setzen Sie sich ein?

Für den gleichen, den auch Sie für richtig halten: Den resozialisierenden Strafvollzug. Für den spricht ja alles: Gefängnis ist Strafe als Sühne, als Schutz der Gesellschaft und als Abschreckung. Zugleich aber muß dort auf ein gesetzestreuendes Leben in Freiheit vorbereitet werden, auch mit entsprechenden Maßnahmen und Hilfen.

Frage: Im vergangenen Jahr habe ich die Strafanstalten in Halle/Saale, Bautzen und Waldheim besichtigt. Hier habe ich seit Anfang 1949 als politischer Häftling fast

8 Jahre unter schrecklichen Bedingungen verbringen müssen. Im Gespräch mit den Anstaltsleitern erfuhr ich, dass sie, wie auch die Mehrheit der Bevölkerung, gegen den Einheitsvollzug sind, Mörder zusammen mit Taschendieben. Die frühere Regelung, wonach Arreststrafen, Gefängnis- und Zuchthausstrafen in verschiedenen Anstalten zu vollstrecken sind, fanden sie besser. Sehen Sie hier einen Handlungsbedarf?

Nein, weil die Unterbringung von Schwerverbrechern mit lebenslangen oder sehr langen zeitigen Freiheitsstrafen heute schon in anderen Anstalten erfolgt wie die von Straftätern, die zu kurzen Freiheitsstrafen verurteilt wurden. Übrigens: Ihr Taschendieb wird zu Geldstrafe verurteilt worden sein: Dass er ins Gefängnis muss, weil er die Geldstrafe nicht bezahlen konnte, ist falsch, ungerecht und viel zu teuer. Ich bin da für gemeinnützige Arbeit statt Gefängnis und rechne mit Ihrer Unterstützung, also für "schwitzen statt sitzen".

Frage: Teilen Sie die Behauptung, dass die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit auch die beste Kriminalitätsbekämpfung ist?

Eine sehr gute auf jeden Fall. Das können Sie übrigens auch an der jetzigen Kriminalstatistik ablesen: Die rot-grüne Bundesregierung geht erfolgreich gegen die Arbeitslosigkeit, besonders gegen die Jugendarbeitslosigkeit vor, und auch die Zahl der Strafverfahren geht zurück. Die Verringerung der Arbeitslosigkeit zahlt sich aus. Auch bei der Bekämpfung von Jugendkriminalität.

Frage: Sie wollen in dieser Legislaturperiode eine grundlegende Strukturreform der Zivilprozesse einführen. Was versprechen Sie sich davon?

Die Fortführung der Modernisierung der Justiz, die dringend sein muss, um sie fit für die Zukunft zu machen. Es geht ja um die Garantie des verfassungsmässigen Anspruchs auf Justizgewährung. Der ist in den letzten Jahren für Normalbürger schlechter geworden. Wir brauchen auch eine andere Streitkultur. Deshalb haben wir damit begonnen, die außergerichtliche Streitschlichtung zu stärken; jetzt geht es darum, die Amtsgerichte zu stärken, dort Güteverhandlungen und Rechtsschutz zu intensivieren und insgesamt die Rechtsmittel nicht vom Streitwert abhängig zu machen. Im übrigen geht's auch darum, aussichtslose Prozesse nicht über die Instanzen zu ziehen, sondern sie in der Berufung möglichst schnell zurückzuweisen.

Frage: In der SPD-Bundestagsfraktion setzt man sich dafür ein, dass ein Urteil über das "Scherflein einer armen Witwe" berufungsfähig sein soll. Ist das aber sinnvoll, wenn bei einem Streitwert von ca. 1.000 DM dann weitaus höhere Verfahrenskosten entstehen?

Also, auch diese Zahlen stimmen nicht. Richtig ist aber, dass nicht der Streitwert für die Frage ausschlaggebend sein soll, ob ein Urteil überprüft wird, sondern die Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit, dass falsch entschieden wurde. Und das gilt natürlich auch für Ihren

Fall der "armen Witwe", ich würde sagen, für alle Normalbürgerinnen und Normalbürger, die bisher schlechter behandelt wurden, als Leute mit großen Streitwerten.

Frage: Halten Sie die Pflicht für eine vorgeschaltete Güteverhandlung für eine sinnlose Zeitverschwendung?

Nein, natürlich nicht. Ein Einigungsversuch ist immer gut, das sehen wir ja beim Arbeitsgericht. Einigung bedeutet, dass alle zufrieden sind. Sie bringt auch dem Richter mehr Zeit, weil ein Urteil nicht anfällt.

Frage: Ich vertrete die Ansicht, dass die Anwesenheit des Richters bei Gericht in den Vormittagsstunden (Kernzeit) Pflicht sein müsste.

Teilen Sie meine Ansicht?

Ich bin für gute, engagierte und verantwortungsbewusste Richterinnen und Richter, die mit Leuten umgehen können. Da ist mir dann die Tageszeit nicht so wichtig, abgesehen davon, dass gute Richter vormittags sowieso im Gericht sind.

Frage: Stimmt es, dass der geringfügige Ladendiebstahl künftig mit einem Strafgeld geahndet werden soll und dafür die Polizei zuständig ist?

Nein, wenn Sie damit andeuten wollen, dass die Polizei für Strafen zuständig sein soll. Das ist immer Sache der Gerichte. Mir ist es wichtig, rechtsstaatliche Formen für solche Strafen zu finden, die relativ wenig Bürokratie erfordern.

Frage: Was sagen Sie zu dem Vorwurf, kürzlich erst wieder in einer Rede von Gysi aufgebracht, das Eigentum werde in unserer Rechtsordnung besser geschützt als die Person?

Das ist schlicht falsch. Schauen Sie sich an, wie Täter konkret bestraft werden, und Sie werden sehen, dass diese Aussage Stimmungsmache ist, bei der sich übrigens Konservative und die Erben der SED-Diktatur oft auf das prächtigste ergänzen.

Die Fragen wurden von Hans Bonkas gestellt.

Ausstellung in Dresden

Sächsischer Landtag Pressemitteilung

Ausstellungseröffnung "Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold" des Bundes aktiver Demokraten e.V.

Am Dienstag, dem 9. Januar 2001 wird um 18.00 Uhr die Ausstellung "Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold" im Bürgerfoyer des Sächsischen Landtages eröffnet.

Die Ausstellung wird Herr Volker Krieg, Direktor beim Sächsischen Landtag, eröffnen. Als weitere Redner werden Klaus Hardraht, Sächsischer Staatsminister des Innern; Thomas Jurk, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag und Helga Prinzessin zu Löwenstein sprechen.

Die 1924 gegründete Vereinigung "Reichsbanner-Schwarz-Rot-Gold" war eine überparteiliche Organisation zum Schutz der Weimarer Republik. Im Bestreben, die instabil demokratisch organisierte Republik am Leben zu erhalten, verteidigten in den Jahren 1924 bis 1933 über drei Millionen Mitglieder des Reichsbanners diese gegen zumeist nationalsozialistische und kommunistische Übergriffe. In den breiten Massen verankerte sie republikanische und demokratische Gedanken.

In der Ausstellung des Bundes Aktiver Demokraten e.V. werden Dokumente, Bilder und Originalexponate in einem wissenschaftlichen Abriss gezeigt.

Die Ausstellung ist bis zum 1. Februar 2001 im Bürger-

foyer des Sächsischen Landtags zu besichtigen. Die Öffnungszeiten sind: Montag bis Freitag 10.00 bis 18.00 Uhr und Sonnabend und Sonntag 10.00 bis 16.00 Uhr.

Die Vertreter der Medien sind zur Eröffnung herzlich eingeladen.

In unserer nächsten Ausgabe werden wir eingehend über die Eröffnung berichten. Die Redaktion.

Das Reichsbanner
Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V. Berlin, Mitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV).
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt am Main.
"Das Reichsbanner" ist eine Publikation des Bundesvorstandes Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V.,
Postfach 10 18 44, 60018 Frankfurt am Main.
"Das Reichsbanner" erscheint jährlich in vier Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 10,00 DM zuzüglich Versandkosten im Jahr. Abbestellungen bis 6 Wochen vor Jahresschluß.
Gesamtherstellung: Druckerei L. Ludewig, Ahornstr. 30, 65933 Frankfurt am Main.
Redaktion und Pressesprecher: Hans Bonkas, presserechtlich verantwortlich.
Anschrift des Verlages, der Redaktion und des Vertriebes:
Postfach 10 18 44, 60327 Frankfurt am Main.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Offizielle Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. werden gekennzeichnet.

Das "Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold" Symbol und Vorbild für den Kampf für unsere Demokratie

Symbole sind mächtig. Wenn heute bei Versammlungen oder Aufmärschen Rechtsextremer dem finsternen, gewaltorientierten Weltbild des dunkelsten Abschnitts unserer Geschichte nachgegangen wird, dann sind nicht nur Springerstiefel und Glatzköpfe angesagt. Man läuft Fahnen hinterher, die für etwas stehen. Schwarz-weiss-roten "Reichskriegsflaggen". Die Nationalsozialisten machten "Schwarz-Weiss-Rot" neben der Hakenkreuz-Fahne für die Partei zur alleinigen Nationalflagge. "Schwarz-Weiss-Rot" steht seitdem für antidemokratisch, gewaltbereit, nationalistisch.

Welcher Jugendliche kennt heute noch Herkunft und Bedeutung unserer schwarz-rot-goldenen Flagge. Fahnen werden unter "aufgeklärten", freiheitlich denkenden jungen Menschen eher mit Argwohn betrachtet. Wen wundert das bei **der** gemeinsamen Geschichte. "Schwarz-Rot-Gold" - das sind aber wichtige Symbole unserer Demokratie und Einheit. Die Farben stehen für die Studenten, die zu Beginn des 19. Jahrhunderts für den Einheitsgedanken eintraten. Sie stehen für 1848. Sie stehen für die Anfänge unserer Republik, für unsere Demokratie. Im November 1918 wurden "Schwarz-Rot-Gold" die Reichsfarben unserer 1. Republik, der Weimarer Republik, die es so schwer hatte, sich mit ihren freiheitlich-demokratischen Zielen durchzusetzen, und die schließlich mit so schrecklichen Folgen scheiterte.

"Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold", "Eiserne Front" - martialisch anmutende Begriffe, die kaum noch einem jungen Menschen etwas sagen. Menschen auf schwarz-weiss-Bildern versammelt, gekleidet mit beinahe ebenso martialisch wirkenden Uniformen, wie man sie von den Nazis kennt. Das schafft wenig Neigung, in ihnen heutigem Zeitgeist gemäße Vorbilder zu sehen. Doch das "Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold" war eine wichtige Bewegung im Kampf für die noch junge, von vielen Seiten angefeindete demokratische Republik.

"Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold", 1924 in Magdeburg gegründet, war eine Bewegung, bestehend aus Mitgliedern verschiedener Parteien und Organisationen, allen voran Sozialdemokraten wie Kurt Schumacher, die sich dem Kampf gegen radikale, antidemokratisch ausgerichtete Bestrebungen von rechts und links verschrieben hatte.

"Man kämpft fanatisch um die Fahne Schwarz-Weiss-Rot. Man zwingt durch den Kampf für die alten Embleme uns den Kampf für die Zeichen der Republik auf". (Kurt Schumacher).

Viele engagierten sich. Hunderttausende waren es zeitweise. Nicht wenige mußten für ihr Engagement teuer bezahlen. Mancher landete später im KZ.

Berlin/Bonn ist nicht Weimar. Von einer Übernahme unseres Staatswesens durch Extremisten sind wir weit entfernt. Trotzdem: Rechte Gewalttaten sind an der Tagesordnung. Jeder Übergriff auf einen unserer ausländischen Mitbürger, jedes geschändete jüdische Grab ist eines zuviel. Widerstand dagegen muß populärer werden. Es gab und gibt Aktionen und Bewegungen gegen rechten Terror. Es gab Lichterketten. Es gibt Aktionen prominenter Künstler, wie die Kölner "Arsch Huh"-Initiative. Das allein reicht offenbar nicht.

Wir alle in unserer Gesellschaft tragen mit an der Verantwortung für unsere Geschichte. Es gibt sie nicht, die Gnade der späten Geburt. Erst recht nicht, wenn es um Gewalt geht, die heute passiert - alltäglich.

Neben aktivem Engagement ist die einzige Möglichkeit, angemessen mit unserer historischen Verantwortung umzugehen, das Wachhalten der Erinnerung. Und da sind viele Informationen, die uns helfen, ein differenziertes Geschichtsbild zu entwickeln, in Vergessenheit geraten.

Es ist schon gut zu wissen, dass auch unsere Väter und Großväter nicht tatenlos zugeschaut haben - zumindest nicht alle.

In einem Beitrag über das "Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold" kann - vor allem für junge Menschen wichtig - ein bedeutsamer und beinahe in Vergessenheit geratener Aspekt der Geschichte unserer Republik ins Bewußtsein zurückgeholt werden. Vorbilder sind wichtig. Heute bewegen sich viele - m.E. zu viele - Vorbilder junger Menschen an der banalen Oberfläche einer "Big-Brother-Medienwelt", in der eine mal mehr mal weniger diskret zynisch eingefärbte Grundstimmung als "kultig" und "cool" betrachtet wird.

Ein Film-Beitrag, bestehend aus Bildern heutiger rechtsextremer Ereignisse, historischem Archivmaterial über das "Reichsbanner" und Zeitzeugenberichten, soll eine informative Collage mit "Message" sein.

Widerstand gegen Gewalt, soziale Ungerechtigkeit und antidemokratische Tendenzen ist heute so wichtig wie einst.

Der Filmbeitrag sollte über die öffentlichen Medienstellen, Schulen und andere Bildungseinrichtungen als lebendige Geschichtslektion verfügbar sein. Auch die Anfertigung eines tiefergreifenden "Features" zum Thema "Reichsbanner" und "Eiserne Front" für die Ausstrahlung über die TV-Medien wäre sicher wünschenswert und förderungswert.

Werner Müller, Fernsehjournalist/Historiker

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold trauert um

Josef Felder

24.8.1900 - 28.10.2000



Wir haben einen aufrechten Menschen verloren, der sein Leben lang mit Mut und Zivilcourage für Freiheit und Demokratie gekämpft hat. Als junger Mann in die SPD und in das Reichsbanner eingetreten, erkannte er früh die Gefahren der Diktatur und gehörte zu den SPD-Reichtagsabgeordneten, die am 23. März 1933 gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz stimmten. Die folgenden Jahre waren geprägt vom Widerstand gegen den Nationalsozialismus.

Josef Felder sah es bis ins hohe Alter als seine Aufgabe an, vor allem junge Menschen über die Anfänge und Gefahren von Extremismus und Nationalismus aufzuklären.

Das Reichsbanner verliert mit Josef Felder einen über die Parteigrenzen hinweg hoch geachteten Politiker. Mit seinem Wirken hat er sich unschätzbare Verdienste um unser Land erworben.

Wir sind stolz darauf, dass Josef Felder einer der Unseren war und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Für den Bundesvorstand des Reichsbanners

Der amtierende Vorsitzende
Hans Bonkas

Der stellv. Vorsitzende
Kurt Kelly

Annemarie Renger Bundestagspräsidentin a.D. über Kurt Schumacher

Frage: Wann sind Sie zum ersten Mal Kurt Schumacher begegnet und haben Ihre Arbeit im sogenannten "Büro Dr. Schumacher" aufgenommen.

Im Mai 1945 habe ich in der Lokalzeitung in Visselhövede, wohin meine Schwester und ich mit unseren Kindern im Februar aus Berlin in die Heimat meines Vaters geflüchtet waren, von einer Rede Kurt Schumachers in Hannover gelesen. Das hatte mich sehr beeindruckt und aus einem in sozialdemokratischen Kreisen sehr bekannten Familie kommend, bot ich ihm meine Mitarbeit an. Im Oktober 1945 wurde ich seine persönliche Sekretärin und erlebte dort an Ort und Stelle den Wiederaufbau der staatlichen Behörden und der politischen Parteien.

Frage: Können Sie unseren Lesern etwas über die Persönlichkeit Kurt Schumachers sagen?

Kurt Schumacher hatte eine ausserordentliche Ausstrahlung. Man war sofort von seiner starken Persönlichkeit gefangen. Obwohl verständlicher Weise 10 Jahre Konzentrationslager schwerste gesundheitliche Beschädigungen hinterlassen haben, besiegte er diese mit grosser

Energie. Nichts Menschliches war ihm fremd, aber Treulosigkeit sowohl in der Sache als auch im Persönlichen akzeptierte er nie. Im übrigen hatte er viel Humor, seine Sprache war klar auf das politische Ziel gerichtet, im Parlament war er ein überzeugender Debattierer.

Frage: Im Januar 1933 hat der Reichspräsident von Hindenburg Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt. Am 23. März 1933 wurde mit dem sogenannten Ermächtigungsgesetz das Ende der Demokratie besiegelt. Als einzige Partei hat die SPD gegen dieses Gesetz gestimmt. Hätte die Geschichte einen anderen Verlauf genommen, wenn auch die sogenannten bürgerlichen Parteien den gleichen Mut aufgebracht hätten?

Selbstverständlich. Allerdings muss man sagen, dass die bürgerlichen Parteien, auch das Zentrum und die DDP, also die klassischen Partner der Sozialdemokraten als sogenannte Weimarer Koalition, diesem Ermächtigungsgesetz zugestimmt haben. Die entscheidenden Fehler sind aber vor Hitlers "Machtergreifung" entstanden. Ich will einmal davon absehen, dass die internationale Politik der deutschen Demokratie wenig Chancen gege-

ben hat, so dass die Akzeptanz der Weimarer Republik und das böse Wort von den "Erfüllungspolitikern" den nach rechts tendierenden nationalistischen Parteien Auftrieb gegeben und damit das Ende eingeläutet hat. Es gab eben viel zu wenige überzeugte Demokraten, die auch Erschütterungen durchgehalten hätten. Die Republik wurde von den antidemokratischen kommunistischen Kräften und den nationalsozialistischen und rechtsnationalen, reaktionären Kräften zerstört. Die Zerstrittenheit und Richtungskämpfe in der SPD selbst haben allerdings die demokratischen Kräfte auch nicht gerade gestärkt.

Frage: Das Reichsbanner ist stolz auf den damaligen Reichsbannerführer Kurt Schumacher. Worin sehen Sie seine besonderen politischen Leistungen?



Das Interview mit Annemarie Renger führte Hans Bonkas

Bereits 1923 gründete Schumacher in Stuttgart die "Organisation Schwabenland", die sich militant gegen "Aufkommenden Nationalsozialismus" wendete. Sie ist dann alsbald in das Reichsbanner übergegangen. Schumacher wurde der Vorsitzende in Stuttgart. Früher als die meisten anderen Politiker hat Schumacher also die Gefahr des Nazismus erkannt und bekämpft. Ebenso sah er die Zerstörungskraft der Kommunisten, deren Abhängigkeit von Moskau eindeutig war. Er war eben der erklärte Gegner alles Totalitären, Undemokratischen und Unmenschlichen.

Die Ablehnung des Kommunismus war sowohl ideologisch als auch methodisch gegeben. Für ihn war es eine Phrase, wenn man von der Einheit der Arbeiterklasse sprach, denn zwischen Demokraten und Anti-Demokraten konnte es keine Einheit geben. Das war so in Weimar und setzte sich nach 1945 fort. Leider gab es auf sozialdemokratischer Seite sowohl in Weimar als auch nach dem zweiten Weltkrieg Hoffnungen, dass sich die Kommunisten in ihrer Ideologie geändert hätten. Hinzu kamen die Erfahrungen aus den Konzentrationslagern, die zum Teil darin gipfelten, dass man die Fehler einer gespaltenen "Arbeiterklasse" nicht wiederholen wollte. Auch hier hat Schumacher auf die Entwicklung entscheidenden Einfluss genommen. Aber er konnte nicht verhindern, dass die sowjetische Besatzungsmacht in ihrem Gebiet mit allen Mitteln der Einschüchterung und Gewalt die Vereinigung von Sozialdemokraten und Kom-

munisten erzwungen hat. Es waren nicht die Mitglieder in der SPD in diesem Gebiet, deren Mitgliederzahl in der SBZ auf 600.000 geschätzt wurde, sondern einige verirrte oder gezwungene ehemalige führende Sozialdemokraten.

Im Westen Deutschlands haben die Kommunisten nicht zuletzt wegen der klaren politischen Aussagen von Schumacher und der SPD keine Rolle gespielt.

Aber wie stark Kurt Schumacher im Bewusstsein der Menschen seiner Zeit verankert war, hat die Trauer über seinen Tod gezeigt.

Frage: Hat die heutige SPD Kurt Schumacher vergessen, der doch in den ersten Jahren soviel für Deutschland geleistet hat? Selten wird auf ihn Bezug genommen. Ich wünschte mir auch, dass die historische Leistung Kurt Schumachers mehr gewürdigt würde als es geschieht. Die Menschen sind vergesslich und jede Zeit hat neue Probleme, die im Vordergrund stehen.

In den ersten Nachkriegsjahren haben die Parteien die sozialen und politischen Fundamente gelegt. Die westlichen Besatzungsmächte haben den politischen Kräften relativ viel Spielraum gelassen, aber die Grundgedanken von sozialer Gerechtigkeit und Zügelung der wirtschaftlichen Macht, wie sie die Sozialdemokraten als notwendig umsetzen wollten, fand kaum Zustimmung bei den Besatzungsmächten, auch nur wenig bei der britischen Labour-Regierung. Schumacher kämpfte um das Überleben der Deutschen und für die Chancen einer jungen Generation. Er lehnte jede Kollektivschuld ab und arbeitete dafür, dass die Welt begreifen musste, die Demokratie ist nur gesichert, wenn die Deutschen nicht als Paria behandelt werden.

Insofern war Schumacher durchaus der Antipode gegen Adenauer, er begrenzte dessen Gemeinsamkeiten mit den Alliierten auf das erträgliche Maß. Der "Bundeskanzler der Alliierten" bezog sich auf das sogenannte Petersberg-Abkommen, von dem wir Sozialdemokraten der Meinung waren, die deutsche Zustimmung dazu habe dieses Maß überschritten.

Erhebliche Unterschiede gab es allerdings in der Innen- und Wirtschaftspolitik. Das erste Kabinett Adenauer war ausserordentlich rechtslastig und personell teilweise eine Katastrophe. Die Spitze war wohl die Berufung des Kommentators der Nürnberger Rassengesetze Hans Globke als Staatssekretär ins Kanzleramt. Aber auch Spitzenbesetzungen in anderen hohen Staatsämtern mit ehemaligen Mitgliedern der NSDAP waren kein Ruhmesblatt...

Schumacher kämpfte in den sieben Jahren, in denen er nach 1949 politisch wirken konnte, um ein Höchstmaß am Erhalt des staatlichen Ganzen, um die Wiedervereinigung Deutschlands in einem sozialen und demokratischen, weltweiten Europa. Vor allem wollte er ein Deutschland, das durch seine soziale und demokratische Erneuerung "die Schrecken der Vergangenheit" ausschloß. Dieses ist auch für uns heute noch ständige Gegenwartsaufgabe.

Seminar

Seminar in Berlin mit Auszubildenden des Amtsgericht Frankfurt am Main

In der Zeit vom 9. - 12.10.2000 führten wir erstmals mit Auszubildenden des Amtsgericht Frankfurt am Main ein Seminar in Berlin durch.

Zu den Höhepunkten des Seminars zählte der Besuch der Gedenkstätte in Plötzensee, der Gedenkstätte "Deutscher Widerstand" und das ehemalige Stasigefängnis in Hohenschönhausen. Als besonderen Höhepunkt zählte für die jungen Leute aber der Empfang bei dem SPD-Generalsekretär Franz Müntefering im Willy-Brandt-Haus.

Wie gut dieses Seminar bei den jungen Menschen angekommen ist, kann man aus nebenstehendem Schreiben ersehen.

Sehr geehrter Herr Bonkas,

wir die Auszubildenden des Amtsgerichts Frankfurt am Main möchten uns bei Ihnen, dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und dem August-Bebel-Institut für ein eindrucksvolles und interessantes Seminar bedanken.

Die vorgetragenen Berichte der Zeitzeugen z. B. in Hohenschönhausen (ehemaliges Stasigefängnis) waren sehr aufschlussreich. Wir haben die ganze Geschichte welche den deutschen Widerstand betrifft aus einer anderen Perspektive kennengelernt.

Interessant war zu erfahren, dass überwiegend junge Leute den deutschen Widerstand geleistet haben.

Die Besichtigung des Roten-Rathauses, des Willy-Brandt-Hauses, des Verteidigungsministeriums sowie die Gespräche mit den Politikern waren sehr informativ.

Das gesamte Seminar war für uns alle eine kulturelle Bereicherung!

Wir hoffen, dass noch viele junge Menschen die Chance haben werden, an solchen Seminaren teilnehmen zu können, um sich ein Bild von der „wirklichen“ Vergangenheit zu verschaffen.

Mit freundlichen Grüßen

&
Herzlichen Dank

die Auszubildenden des
Amtsgerichts Frankfurt am Main

Jana Dauer, Sugi Pygöl, Kaja Skjoberg, Paul, Conida Wissel, Torsten Biermann, Anna Sieber, Verstu &auer, Torsten Abich, FrajaneC., Sabina Hepler, Ulinam Bleu, Anne Beas, Serdar Kavi, Taja Ggij, Marger Thundak, Abilin Bratt



Fototermin mit dem SPD-Generalsekretär Franz Müntefering

Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV)

Kronberger Strasse 43
60323 Frankfurt am Main
Telefon und Telefax: 069-72 79 70

Vorsitzender: Georg Prinz

Erster stellv. Vorsitzender: Hans Bonkas

Stellv. Vorsitzende: Hans-Günther Cappel, Vorsitzender Richter beim Bundesdisziplinargericht a.D., Rechtsanwalt, Victor Graf von Matuschka, Ministerialrat a.D.

Weitere Vorstandsmitglieder: Horst Brüggemann, Prof. Dr. Friedrich-Wilhelm von Hase, Hans Georg Marohl, Oberst a.D., Ursula Seuß-Hess, Dr. jur. Volkmar Zühlsdorff

Angeschlossene Verbände:

Arbeitsgemeinschaft Ausbildungsschäden nach BEG, Oldenburg
Freiheitsbund e.V., Berlin

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Frankfurt am Main
Verband für Freiheit und Menschenwürde e.V., Frankfurt am Main

Gemeinsames Ziel der in der UDWV zusammengeschlossenen Verbände sind u.a.:

Wahrung des Gedenkens an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Eintreten für Freiheit, Recht, Menschenwürde und Völkerversöhnung und Abwehr aller totalitären Bestrebungen von links und rechts.

Neben Verfolgten des Nationalsozialismus und der DDR gehören dem Vorstand der UDWV auch Persönlichkeiten an, die sowohl in der Zeit des Nationalsozialismus als auch in der DDR Widerstand geleistet haben und verfolgt worden sind.

Anfragen an die vorgenannten Verbände werden an dieselben von der Redaktion weitergeleitet.



Ein kleines Lächeln kann viel bewegen.

Der Flughafen Frankfurt ist groß: nach Passagieren die Nummer zwei und im Luftfrachtverkehr sogar die Nummer eins in Europa. Aber Größe ist auch im Zeitalter der Globalisierung nicht alles. Deshalb freut es uns besonders, wenn wir bei Umfragen der internationalen Presse nach den servicefreundlichsten Flughäfen der Welt regelmäßig auf den vordersten Plätzen landen. Unser Airport hat viele Gesichter: Luftverkehrskreuz, Nahtstelle der Verkehrssysteme, Marktplatz und Ort interkultureller Begegnung. Und die größte Arbeitsstätte Deutsch-

lands. Hier sind über 52.000 Menschen tätig, von denen mehr als 12.000 für die Flughafengesellschaft arbeiten. Jeder einzelne von ihnen trägt dazu bei, daß unser Service weltweit einen ausgezeichneten Ruf genießt. Denn die Qualität eines Unternehmens hängt von seinen Mitarbeitern ab. Und nicht von seiner Größe.

Flughafen
Frankfurt Main

Service zwischen Himmel und Erde